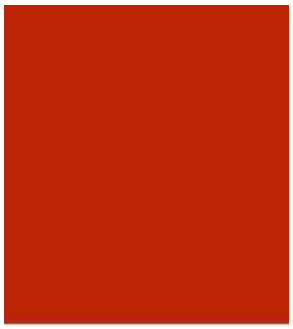
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

17.03.2021

Jahresbericht 2020 des Fachausschusses Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste

Vorsitz: Dörte Lüdeking, DRK



Bürgerschaftliches Engagement

Ein wichtiger Schwerpunkt war auch in 2020 die Fortsetzung des Meinungsbildungsprozesses der Freien Wohlfahrtspflege zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) des Bundes sowie die Beteiligung an dem ersten Förderprogramm der DSEE Ende des Jahres 2020. Die Stiftung wurde am 23. Juni 2020 errichtet. Das betonte Ziel einer Mitgliedschaft der BAGFW-Verbände im Stiftungsrat wurde Ende 2020 mit der Berufung von DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt für die Interessenvertretung der BAGFW erfolgreich erreicht. Im September 2020 erfolgte die erste Ausschreibung der Fördergelder in Höhe von 20 Mio. Euro. Das Resultat ist für die BAGFW-Mitgliedsverbände ernüchternd: Sie bzw. ihre Untergliederungen wurden nicht in dem erhofften Maße berücksichtigt. Dies betrifft mehrere Facetten: Erstens die aufgrund des politischen Vorlaufs nur schlecht vorzubereitende Ausschreibungspraxis, zweitens die Kommunikation der Stiftung und drittens die unattraktiven Förderbedingungen erschwerten bzw. verhinderten u.a. erfolgreiche Antragstellungen im Rahmen des Zentralstellenverfahrens. Mit der Schaffung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt ist zwar ein wichtiger Schritt zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements getan, aber es bleibt derzeit noch offen, ob sie tatsächlich zu einer verbesserten Vernetzung, mehr strategischer Kooperation, einer kraftvolleren Anerkennungskultur und allgemein besseren Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland beitragen kann. Eine wichtige Voraussetzung dafür sind künftig insbesondere faire Förderkriterien für die Auswahl der Vergabe der Stiftungsgelder, um so dem Zweck der Stiftung gerecht zu werden.

Während der COVID-19-Pandemie waren und sind die bürgerschaftlich Engagierten inkl. der Ehren- und Hauptamtlichen in der Freien Wohlfahrtspflege für die Menschen da. Diese gewachsenen zivilgesellschaftlichen Strukturen in Deutschland, die zum Zusammenhalt und zur Resilienz der Gesellschaft beitragen, gilt es auch nach dieser Krise zu sichern und zu stärken. Sie werden in den nächsten Jahren noch an Bedeutung gewinnen, wenn es darum gehen wird, auch die sozialen Folgen der Pandemie zu bewältigen. Der Fachausschuss hat sich in diesem Sinne auch schwerpunktmäßig mit den nötigen unterstützenden Rahmenbedingungen während und nach der Pandemie beschäftigt. Erste wichtige Schritte wären der Ausbau einer digitalen Infrastruktur bis in die Gliederungen der Verbände mit dem Ziel, das Know-how in der Zivilgesellschaft u.a. durch Fort- und Weiterbildung zu erweitern.

Weiterhin konnten die Finanzmittel für das Projekt „Menschen stärken Menschen, Chancenpatenschaften“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für 2021 gesichert werden.

Freiwilligendienste

In der Pandemie haben auch die Freiwilligendienste erneut unter Beweis gestellt, wie wertvoll sie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Sie spielen gerade auch in Zeiten der Pandemie eine wichtige Rolle dabei, insbesondere jungen Menschen einen Einblick, und vielfach auch Einstieg, in ein soziales Engagement oder einen sozialen Beruf zu bieten. Sie tragen erheblich zur Stärkung der Engagementkultur in Deutschland bei. Im

Rahmen der Weiterentwicklung der Freiwilligendienste wurden in 2020 zahlreiche Vorschläge anderer Akteure außerhalb der BAGFW diskutiert. Zudem wurden Diskussionsvorschläge, wie die Einführung einer Dienstpflicht über einen neuen Freiwilligen Wehrdienst bis hin zu aktuellen Vorschlägen gemacht. Diese Entwicklungen und Debatten haben die Arbeit des Fachausschusses im Jahr 2020 geprägt. Im Ergebnis bedarf es keiner neuen Dienste, sondern einer Stärkung und eines Ausbaus der bestehenden Angebote. Um die positive Wirkung der Freiwilligendienste für das Gemeinwohl zu erhalten und zu erweitern, müssen Freiwillige, Einsatzstellen, Träger und Zentralstellen Rahmenbedingungen vorfinden, die Bewährtes stärken und gleichzeitig den Raum geben, um Neues zu entwickeln.

Begleitet durch eine Vielzahl von Lobbygesprächen sowohl mit Fach- als auch Haushaltspolitikern ist es der Freien Wohlfahrtspflege mit anderen Verbänden und Zentralstellen sowie dem BMFSFJ gelungen, für die gesetzlich geregelten Freiwilligendienste im Bundeshaushalt 2021 die Mittelsteigerungen aus dem Jahr 2020 zu sichern. Zudem konnte das Erreichte auch mittelfristig in der Haushaltsplanung des BMFSFJ bis 2023 abgesichert werden.

Zum Seitenanfang